

Niederschrift

über die IX/023. Sitzung
des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Schwerte am

Donnerstag, dem 21.02.2019, um 17:00 Uhr
im Raum 405, Rathaus I, Rathausstraße 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Marianne Pohle

CDU-Fraktion

Herr Dieter Böhmer

Frau Bianca Dausend

Frau Ellen Hentschel

Herr Guntram Nies-von Colson

Herr Egon Schrezenmaier

für Herrn Johannes Dietmar Hellwig

SPD-Fraktion

Herr Ralf Haarmann

Herr Hans Haberschuss

Frau Reinhild Hoffmann

Herr Thomas Klüh

Herr Simon Lehmann-Hangebrock

Frau Angelika Schröder

Fraktion Die Grünen

Frau Andrea Hosang

Herr Maximilian Ziel

WfS-Fraktion

Herr Andreas Czichowski

Fraktion DIE LINKE.

Herr Dieter Reichwald

Beigeordnete und Kämmerin

Frau Bettina Brennenstuhl

seitens der Verwaltung die Damen und Herren

Herr Thomas Kordel

Schriftführerin

Frau Anne Matzeik-Kassel

Entschuldigt

Herr Johannes Dietmar Hellwig

Abwesend:

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 17:50 Uhr

Tagesordnung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. V. Nachtrag zur Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Schwerte vom 31.10.2007 **IX/0904**
6. Beitritt der Stadt Schwerte zur Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU), Antrag der Fraktion Die Grünen vom 10.04.2018, Drucks.-Nr.: IX/0768 **IX/0825/1**
7. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK) 2018 bis 2023 des Kreises Unna / Stellungnahme der Stadt Schwerte **IX/0919**
8. Bekanntgabe der in der Zeit vom 01.10.2018 - 31.12.2018 für das Haushaltsjahr 2018 genehmigten Haushaltsüberschreitungen **IX/0908**
9. Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO NRW **IX/0916**
10. Stadtmarketing; Aufhebung des Sperrvermerkes zur Finanzierung des Stadtmarketings bei der TWS **IX/0915**

- | | |
|---|------------------|
| 11. Außengelände Gesamtschule Gänsewinkel
Teilaufhebung des Sperrvermerks | IX/0927 |
| 12. Entwurf der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 (IX/0881);
hier: Änderungen der Verwaltung (Ergänzungsvorlage)
1. Ergänzung zur Drucks.-Nr. IX/0881 | IX/0881/1 |
| 13. Bewirtschaftungskontrolle für das Haushaltsjahr 2019 | IX/0907 |
| 14. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung | |
| 15. Informationen und Anfragen | |

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses

Die Ausschussvorsitzende Frau Pohle begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Pohle erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 5 – Nachtrag zur Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Schwerte -, Drucks.-Nr. : IX/0904 von der Verwaltung zurückgezogen und somit von der Tagesordnung gestrichen werde. Hinsichtlich des TOP 6 – Beitritt der Stadt Schwerte zur Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU), Antrag der Fraktion Die Grünen vom 10.04.2018 -, Drucks.-Nr.: IX/0768 bittet sie die Fraktion Die Grünen den Antrag zurückzunehmen, da im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Umwelt und im Rat der Stadt Schwerte über den neuen geänderten Antrag abgestimmt werde. Dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen läge nur der alte Antrag vor und sie halte es nicht für angebracht über diesen Tagesordnungspunkt abzustimmen. Mit Zustimmung der Fraktion der Grünen solle daher auch dieser TOP abgesetzt werden.

Frau Hosang von der Fraktion Die Grünen erklärt, dass der Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen nicht behandelt werden solle.

Frau Pohle stellt fest, dass weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung nicht vorliegen und die Tagesordnung somit genehmigt sei.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen von Einwohnern vor.

4. Feststellung von Befangenheit

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Frau Pohle erklärt sich kein anwesendes Mitglied für befangen. Ein Mitwirkungsverbot nach § 31 GO NRW und § 9 GeschO (Rat und Ausschüsse) liegt ebenfalls nicht vor.

5. **V. Nachtrag zur Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Schwerte vom 31.10.2007**
Vorlage: IX/0904
-

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6. **Beitritt der Stadt Schwerte zur Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU), Antrag der Fraktion Die Grünen vom 10.04.2018, Drucks.-Nr.: IX/0768**
Vorlage: IX/0825/1
-

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

7. **Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK) 2018 bis 2023 des Kreises Unna / Stellungnahme der Stadt Schwerte**
Vorlage: IX/0919
-

Die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK) 2018 bis 2023 des Kreises Unna wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

8. **Bekanntgabe der in der Zeit vom 01.10.2018 - 31.12.2018 für das Haushaltsjahr 2018 genehmigten Haushaltsüberschreitungen**
Vorlage: IX/0908
-

Die laut Anlage in der Zeit vom 01.10.2018 – 31.12.2018 für das Haushaltsjahr 2018 von der Kämmerin genehmigten Haushaltsüberschreitungen werden gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen (Vorberatung)

9. **Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO NRW**
Vorlage: IX/0916
-

Die Beigeordnete und Kämmerin Frau Brennenstuhl erklärt, dass es bisher in jedem Jahr zu Ermächtigungsübertragungen gekommen sei. Sie habe jedoch in diesem Jahr vorgegeben, dass aufgrund der zu erlassenen Nachtragssatzung für das Jahr 2019 keine Ermächtigungsübertragung aus dem Jahr 2018 in das Jahr 2019 vorgenommen werden sollten. In Einzelfällen mussten jedoch trotz dieser Festlegungen Ermächtigungsübertragungen genehmigt werden, um rechtzeitig die Haushaltsmittel zur Verfügung stellen zu können.

Herr Nies-von-Colson – CDU-Fraktion - bittet zu Pkt. 7 der Anlage – Neueinrichtung des Informatikraumes an der Theodor-Fleitmann-Gesamtschule - um eine detaillierte Darstellung der Ausschreibung und warum es bisher keine Resonanz gegeben habe.

Frau Brennenstuhl erwidert, dass ihr die Ausschreibungsdetails nicht bekannt seien, sie diese aber zur Ratssitzung nachliefern werde.

Beschlussempfehlung an den Rat:

1. Die lt. **Anlage 1** gem. § 22 Abs. 1 KomHVO NRW i. V. m. der Verfügung des Bürgermeisters vom 29.11.2012 aus dem Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 übertragenen Ermächtigungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit einem Gesamthöchstvolumen i. H. v. **5.124,00 EUR** werden gem. § 22 Abs. 4 KomHVO NRW zur Kenntnis genommen.
2. Die lt. **Anlage 2** gem. § 22 Abs.1 KomHVO NRW i. V. m. der Verfügung des Bürgermeisters vom 29.11.2012 aus dem Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 übertragenen Ermächtigungen aus Investitionstätigkeit mit einem Gesamthöchstvolumen i. H. v. **1.967.491,78 EUR** werden gem. § 22 Abs. 4 KomHVO NRW zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen (Vorberatung)

10. Stadtmarketing; Aufhebung des Sperrvermerkes zur Finanzierung des Stadtmarketings bei der TWS Vorlage: IX/0915

Die Beigeordnete und Kämmerin Frau Brennenstuhl erklärt, dass in der Gesellschafterversammlung der TWS der Beschluss gefasst worden sei, das Stadtmarketing vorbehaltlich der Finanzierung durch die Stadt, die Sparkasse, die Stadtwerke und die Werbegemeinschaft als Sparte einzuführen. Damit diese Finanzierung und somit das Gesamtkonzept funktioniere, sei es erforderlich, dass die 100.000 Euro, die als städtischer Zuschuss im Doppelhaushalt 2018/2019 beschlossen worden seien, auch tatsächlich an die TWS fließen. Wenn der Sperrvermerk durch den Rat aufgehoben werde, könne das Verfahren fortgesetzt werden. Es seien zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits die Stellen der Leitung des Stadtmarketings und der Assistenz des Stadtmarketings ausgeschrieben. Die Vorstellungsgespräche würden bei der TWS unter Teilnahme des Geschäftsführers, Herrn Gutzeit, ihrer Person als Geschäftsführerin und des Prokuristen, Herrn Ewald, geführt. Einstellungszusagen würden jedoch auch hier nur unter dem Vorbehalt der Aufhebung des Sperrvermerkes durch den Rat der Stadt Schwerte gegeben.

Nach Aufhebung des Sperrvermerkes durch den Rat der Stadt Schwerte seien im Anschluss Verträge zwischen der TWS und dem jeweiligen Zuschussgeber zu schließen. Im Falle der Stadt Schwerte werde der Vertrag eine Nettozuschusssumme in Höhe von 100.000 Euro beinhalten. Es handle sich bei dem Zuschuss nach Ansicht der beauftragten Steuerberater um einen nicht steuerbaren Sachverhalt, so dass der Zuschuss nicht umsatzsteuerpflichtig sei. Es sei jedoch theoretisch denkbar, dass im Rahmen einer Betriebsprüfung bei der TWS der Sachverhalt durch den Betriebsprüfer anders bewertet werde. Würde dieser Fall eintreten, so wäre seitens der TWS der Gesamtbetrag der Zuschüsse mit einem Steuersatz von 19 % pro Jahr nachzuersteuern, wenn es sich um einen Bruttozuschussbetrag handeln würde. Es sei daher ihres Erachtens sinnvoll, dass die Zuschüsse jeweils als Nettobeträge vertraglich vereinbart werden. Dagegen erhebt kein Ausschussmitglied ein Veto.

Herr Nies-von-Colson – CDU-Fraktion - fragt an, ob, da die Vorlage von einer Testphase des Projektes spräche, die Arbeitsverträge befristet abgeschlossen würden.

Frau Brennenstuhl bestätigt, dass es sich um befristete Arbeitsverhältnisse handeln werde.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Zur Finanzierung des Stadtmarketings wird der vom Rat im Produkt 16 01 01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“, Konto 5317000 „Zuweisungen / Zuschüsse für lfd. Zwecke“ für den Haushaltsansatz 2019 beschlossene Sperrvermerk über 100.000 Euro aufgehoben.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

**11. Außengelände Gesamtschule Gänsewinkel
Teilaufhebung des Sperrvermerks
Vorlage: IX/0927**

Die Ausschussvorsitzende Frau Pohle weist darauf hin, dass für den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen der Beschlussvorschlag 1 maßgeblich sei und liest diesen sodann noch einmal vor.

Herr Böhmer – CDU-Fraktion - erklärt, dass der Ausschuss für Schule und Sport in seiner Sitzung am 20.02.2019 eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Rat abgegeben habe.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Beschlussvorschlag 1 – Ausschuss für Schule und Sport (ASS) und Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF):

Es wird empfohlen, den Sperrvermerk im Haushaltsjahr 2019 im Produkt 01.11.01 auf dem I-Auftrag 20180047 „Außengelände Gesamtschule Gänsewinkel“ in anteiliger Höhe von 133.000 Euro aufzuheben.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

**12. Entwurf der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 (IX/0881);
hier: Änderungen der Verwaltung (Ergänzungsvorlage)
1. Ergänzung zur Drucks.-Nr. IX/0881
Vorlage: IX/0881/1**

Die Ausschussvorsitzende Frau Pohle zitiert den Beschluss und bittet Frau Brennenstuhl zum Sachverhalt Stellung zu nehmen.

Die Beigeordnete und Kämmerin Frau Brennenstuhl erklärt, dass es üblich sei, dass zwischen dem Entwurf einer Haushaltssatzung oder Nachtragssatzung und der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Schwerte Änderungen seitens der Verwaltung oder der Ausschüsse vorgenommen würden. Diese Änderungen würden dann in eine entsprechende Ergänzungsvorlage einfließen. Bisher seien jedoch seitens der Ausschüsse keine Änderungen vorgenommen worden. Im Weiteren kündigt Sie jedoch bereits jetzt eine weitere Ergänzungsvorlage für die Sitzung des Rates der Stadt Schwerte an, in der dann sowohl weitere Änderungen der Verwaltung als auch der Ausschüsse einfließen würden.

Zur aktuellen Ergänzungsvorlage führt Frau Brennenstuhl aus, dass hier Änderungen erfasst worden seien, die sich seit Ende November 2018 bis Ende Januar 2019 ergeben hätten. Im Einzelnen seien diese Änderungen in den beiden Anlagen zum konsumtiven bzw. investiven Bereich erfasst. In die Änderungen zum investiven Bereich seien, wie bereits erwähnt, auch Maßnahmen eingearbeitet worden, die der Kämmerei als Ermächtigungsübertragungen gemeldet worden seien, dem Grunde nach jedoch Neumaßnahmen seien. Im Weiteren erläutert sie den Ausschussmitgliedern anhand von Beispielen die beiden Tabellen.

Herr Böhmer – CDU-Fraktion - stellt fest, dass in der Ergänzungsvorlage sowohl neue Maßnahmen enthalten seien als auch solche, die bereits in der Ursprungsvorlage berücksichtigt wurden, bei denen sich jedoch die Ansätze verändert hätten.

Frau Brennenstuhl bestätigt diese Feststellung. Sie erläutert nochmals anhand der Gesamtwerte, welche Veränderungen seit dem Entwurf des Nachtrages vorgenommen wurden und welche Veränderungen nunmehr in Gänze vorgesehen seien. Hierbei stellt sie ergänzend fest, dass ein Großteil der Maßnahmen aus Vorjahren stamme, die aus unterschiedlichsten Gründen bisher nicht durchgeführt werden konnten.

Herr Schrezenmaier – CDU-Fraktion - erklärt, dass eine Verschiebung von Maßnahmen in Folgejahre grundsätzlich Mehrkosten bedeute. In der freien Wirtschaft sei dies nicht praktikabel.

Frau Brennenstuhl führt hierzu aus, dass es diese Praxis bei der Stadt Schwerte nicht erst seit dem Doppelhaushalt 2018/2019 gebe, sondern bereits in den Jahren davor so verfahren worden sei. Um eine Verschiebung von Maßnahmen zu verhindern, dürften streng genommen in den nächsten Jahren keine neuen Investitionen für neue Maßnahmen in die jeweils aufzustellenden Haushalte aufgenommen werden, sondern müssten vorrangig bestehende Maßnahmen abgearbeitet werden.

Herr Böhmer – CDU-Fraktion - führt aus, dass seines Erachtens nicht alle aufgeführten Maßnahmen aus dem Jahr 2018 stammen würden, sondern auch aus den Vorjahren.

Frau Brennenstuhl bestätigt die Aussage von Herrn Böhmer und erklärt, dass auch Kostenerhöhungen bei Maßnahmen aus den Jahren davor berücksichtigt wurden. Sie erläutert dies anhand der Maßnahme „Ergster Mitte“.

Herr Nies-von-Colson – CDU-Fraktion - bittet um eine detaillierte Auskunft zu der Maßnahme „Verkehrsleitsystem“. Es erschließe sich ihm nicht, ob es sich um ein Verkehrsleitsystem oder ein Parkleitsystem handle.

Frau Brennenstuhl erklärt, dass sich nach ihren Erkenntnissen um ein Parkleitsystem handle, welches die Parkplatzsituation an den größeren Parkplätzen, wie zum Beispiel „Am Reiche des Wasser“ oder der „Rohrmeisterei“ widerspiegeln soll.

Frau Schröder – SPD-Fraktion - warnt davor, Investitionen in Schulen und Kindergärten zu stoppen. Hinsichtlich des Verkehrsleitsystems erklärt sie, dass dies ein Bestandteil der Maßnahme „Smart-City“ sei.

Frau Dausend – CDU-Fraktion - regt an, sich vor den nächsten Haushaltsberatungen parteiübergreifend mit der Verwaltung ins Vernehmen zu setzen, welche Maßnahmen künftig zu priorisieren seien.

Herr Schrezenmaier – CDU-Fraktion - erklärt, dass er den Nutzen eines Parkleitsystems für Schwerte nicht erkennen könne. Auch der Ausbau von Elektrotanksäulen in einem Maßnahmenumfang von 280.000 Euro sei für ihn nicht verständlich.

Frau Hosang – Fraktion Die Grünen - bittet um Erklärung der zusätzlichen Kosten in Höhe von ca. 1.000.000 Euro für die Maßnahme „Ergster Mitte“

Frau Brennenstuhl erklärt, dass die zusätzlichen Kosten in Höhe von 769.000 Euro auf die Umbauten entfallen auf die sich die „Gesamtpolitik“ zur Errichtung der neuen „Ergster Mitte“ verständigt habe. Frau Hosang fragt weiter an, ob die beiden Maßnahmen „Ladeinfrastruktur Elektromobilität“ und „Anschaffung von Ladeinfrastruktur“ miteinander korrespondieren oder ob es sich um unterschiedliche Maßnahmen handele.

Frau Brennenstuhl erläutert, dass es sich um unterschiedliche Maßnahmen, aus unterschiedlichen Fördertöpfen und mit unterschiedlichen Förderhöhen handelt.

Frau Hosang bittet weiter um Auskunft, um welche Fläche es sich bei der Ausgleichsfläche Am Winkelstück handele.

Frau Brennenstuhl erklärt, dass sie entsprechende Informationen in der Ratssitzung nachliefern werde.

Auf die Frage von Frau Hosang, um welche Beträge es sich bei den Maßnahmen „Sanierung Spielplatz Lichtendorfer Straße“ und „Bolzplatz Lindenweg“ handele antwortet Frau Brennenstuhl, dass es sich nach ihrem Kenntnisstand um Rückzahlungen von Fördermitteln handelt. Sie werde das aber in der Ratssitzung nochmal genauer beantworten.

Hinsichtlich weiterer Fragen von Frau Hosang zu den Maßnahmen „Ausbau Radweg Letmather Straße“ und „Bushaltestellenprogramm“, die im zuständigen Fachausschuss (= AISU) hätten beraten werden müssen, wird Frau Brennenstuhl in der Ratssitzung Auskunft geben.

Herr Lehmann-Hangebrock - SPD-Fraktion – stellt fest, dass das Verkehrsleitsystem im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Umwelt beschlossen worden sei und außerdem zu 70 % gefördert werde.

Frau Schröder – SPD-Fraktion – weist darauf hin, dass die Inhalte der Vorlage bereits in den jeweiligen Fachausschüssen eingehend beraten worden seien und es daher nicht mehr nötig sei, ins Detail zu gehen. Sie regt an, sich bei den nächsten Haushaltsberatungen auf das Wesentliche zu konzentrieren und nicht aufgrund bereit gestellter Fördergelder nicht zwingend notwendige Maßnahmen zusätzlich durchführen.

Herr Böhmer – CDU-Fraktion – pflichtet der Aussage von Frau Schröder bei und bittet dies entsprechend zu protokollieren. Des Weiteren bittet er die Verwaltung zukünftig bei Nachträgen zu den Maßnahmen diese entsprechend zu erläutern.

Frau Brennenstuhl stellt fest, dass sie in den nächsten Jahren keinen Nachtragshaushalt erwarte, da Jahreshaushalte erstellt würden. Der vorliegende Nachtrag sei nur notwendig geworden, weil es sich bei dem aktuellen Haushalt um einen Doppelhaushalt handele und die Grenze für einen Nachtrag von ihr sehr niedrig angesetzt worden sei.

Herr Ziel – Fraktion Die Grünen – bittet um Erläuterungen zu der konsumtiven Maßnahme „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen“.

Frau Brennenstuhl erläutert anhand eines Beispiels das entsprechende Verfahren zur Auflösung von Sonderposten.

Herr Nies-von-Colson – CDU Fraktion – fragt an, wie die zusätzlichen Kosten für „Office-Lizenzen“ entstehen.

Frau Brennenstuhl schlägt vor, diese Frage im Haupt-Personal- und Gleichstellungsausschuss zu beantworten, da hier der Bereichsleiter des Verwaltungsservices und ggf. ein Mitarbeiter/*in der IT zugegen sind.

Abschließend weist Frau Brennenstuhl daraufhin, dass das positive Jahresergebnis nach Änderung der Verwaltung (letzte Seite der Anlage 1) für 2019 daraus resultiere, dass aufgrund einer geänderten Rechtslage Rückstellungen aufgelöst werden konnten. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so wäre 2019 ein Defizit auszuweisen gewesen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Dem Entwurf der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 mit Anlagen (IX/0881) sowie den Änderungen der Verwaltung (IX/0881/1) wird zugestimmt.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 13 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 2

(ohne Herrn Klüh)

13. Bewirtschaftungskontrolle für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: IX/0907

Die Beigeordnete und Kämmerin Frau Brennenstuhl führt aus, dass es sich bei dieser Maßnahme um eine „freiwillige Haushaltssperre“ handele, die mit den einzelnen Bereichen vereinbart worden sei. Wenn die gesperrten Beträge von den einzelnen Bereichen benötigt würden, würden die Gelder auch entsprechend freigegeben.

Die von der Kämmerin am 17.12.2018 verhängte Bewirtschaftungskontrolle für das Haushaltsjahr 2019 für Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit wird zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen (Vorberatung)

14. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung

Es liegt kein Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung vor.

15. Informationen und Anfragen

Es liegen keine Informationen und Anfragen vor.

gez. Pohle
Vorsitzende

gez. Matzeik-Kassel
Schriftführerin